



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 22. September 2023 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in einem beeindruckenden Plädoyer hat Bundespräsident a.D. Joachim Gauck sich dieser Tage zu den Notwendigkeiten und Sachzusammenhängen in der aktuellen Migrationsdebatte eingebracht. Er forderte ein, mit einer „neuen Entschlossenheit“ für eine europäische Migrationspolitik und wirksame Begrenzung der Migration einzutreten. Mitte dieser Woche bekundete der amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier anlässlich seines Italien-Besuchs in einer inhaltsähnlichen Stellungnahme, dass er Deutschland „an der Belastungsgrenze“ sehe und verwies auf die Hilferufe aus der Kommunalpolitik.

Es entspricht der deutschen Staatspraxis, dass die Staatsoberhäupter unserer Republik sich dem Grundsatz der Zurückhaltung in der tagespolitischen Debatte verpflichtet fühlen und nur in ausgewählten Fragen von übergeordneter Bedeutung ihre Einschätzung bekunden. Dieser sehr raren Erscheinung in Fragen der Tagespolitik verleiht den Worten von Bundespräsidenten erst das Gewicht und die Autorität, durch die sie in einer hervorgehobenen Weise wirken.

In der Tat werden die Belastungen in den deutschen Kommunen offenbar, wenn man die Lage analysiert. In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen über 200.000 Asylbewerber nach Deutschland.

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind die Asylantragszahlen um über 77 Prozent gestiegen, ein Rückgang ist nicht absehbar. In Gesprächen mit Bürgermeistern, Schulleitungen oder Ehrenamtlichen wird mir regelmäßig gespiegelt, dass die Kapazitäten unseres Staates und der Zivilgesellschaft zunehmend an ihre Grenzen stoßen. Die CDU hat sich mit Vorschlägen zu Sofortmaßnahmen in die Debatte eingebracht. Dazu zählen Grenzkontrollen auch an den europäischen Binnengrenzen, eine erweiterte Liste sicherer Herkunftsstaaten und Rücknahmeabkommen. Was aber nicht hilft, um das Problem in den Griff zu bekommen: Markiger Populismus ohne Substanz. Jedem, der mit einer Proteststimme zugunsten der in weiten Teilen rechtsextremen AfD liebäugelt, kann ich nur empfehlen auf die Ergebnisse der Migrationspolitik in von Rechtspopulisten regierten Ländern zu schauen. In Italien unter der Regierungsführung der Fratelli d'Italia: Höchststände bei der Neuankunft von Asylbewerbern, von denen viele durch Schlepper ihren Weg nach Lampedusa finden. In Polen unter der Regierungsführung der PiS: Ein handfester Korruptionsskandal, in dessen Mittelpunkt die rechtswidrige Vergabe von Visen in mehr als tausend Fällen steht. Populisten erzeugen durch ihre Angstrhetorik und mangelndes Regierungshandwerk lediglich neue Konflikte, ohne auch ein einziges Problem zu lösen.

Herzlichst, Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- 50 Jahre deutsche VN-Mitgliedschaft
- Leitantrag zum Kinderzukunftsprogramm
- Keine Steuererhöhung für die Gastronomie
- Die gute Nachricht: Inflation stark auf dem Rückzug

Seit 50 Jahren für den Frieden: Deutschland in den Vereinten Nationen

Den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren – dafür setzen sich die Vereinten Nationen seit ihrer Gründung am 24.10.1945, nur kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als oberstes Ziel ein. Seitdem kann die UN auf immense Erfolge verweisen, u.a. die universelle Deklaration der Menschenrechte oder auch die ersten Weltklimakonferenzen. Für Deutschland war ein Beitritt zunächst erschwert. Nicht nur hatte man durch den Weltkrieg und den Holocaust immense Schuld auf sich geladen, Deutschland war auch noch in zwei Staaten geteilt, die sich gegenseitig nicht anerkannten. Als am 18.09.1973, genau vor 50 Jahren, gleich beide Staaten der UN beitreten konnten, war dies auf mehreren Ebenen ein historischer Erfolg: Ein Meilenstein in Richtung Wiedervereinigung, eine Versöhnung mit den früheren Gegnern und der Beginn eines langen Einsatzes für den Frieden auf der ganzen Welt. Seitdem war Deutschland sechs Mal Mitglied des UN-Sicherheitsrates, dem höchsten Organ der Vereinten Nationen und beteiligte sich in den letzten 30 Jahren an mehreren Friedenmissionen weltweit.

Standpunkt: *Es sollte jedem klar sein, dass schwierige Krisen der Gegenwart, wie der*

Klimawandel oder der russische Angriffskrieg nur international zu lösen sind. Daher muss auch in Zukunft die UN als oberstes Friedensorgan der Welt weiter gestärkt werden. Deutschland muss hier – nicht zuletzt als einer der größten Geldgeber der UN – eine starke Rolle einnehmen. Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass wir uns für die Jahre 2027/28 erneut um einen Sitz im UN-Sicherheitsrat bewerben. Damit leisten wir einen Beitrag für eine Stärkung des Multilateralismus in der Welt! •

Leitantrag zum Kinderzukunftsprogramm

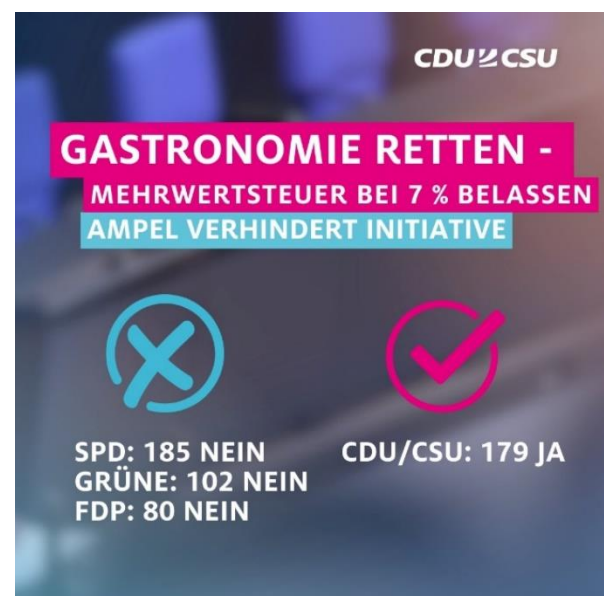
Der Rückgang der Schülerleistungen in Deutschland ist besorgniserregend: Etwa ein Viertel aller Viertklässler in Deutschland erreicht nicht den internationalen Mindeststandard beim Lesen. Der Anteil leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler im Lesen, Schreiben, Rechnen erreicht fast wieder einen Niedrigwert wie beim großen „PISA-Schock“ im Jahr 2000. Das derzeitige Betreuungs- und Bildungssystem ist – auch aufgrund des akuten Fachkräftemangels – offenkundig nicht mit den Ressourcen ausgestattet, um diese Defizite zu beseitigen. In Deutschland leben etwa 14,25 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Rund 1,9 Millionen dieser jungen Menschen leben derzeit in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen.

Standpunkt: Anstatt das Bildungssystem für die Kinder gezielt zu stärken, erfindet die Bundesregierung mit der so genannten „Kindergrundsicherung“ neue Transferleistungen für die Eltern. Wir hingegen haben in dieser Woche ein Kinderzukunftsprogramm vorgelegt, das sich an der Lebenswirklichkeit der Familien orientiert und in die Bildungsinfrastruktur investiert. Wir fordern praktische Hilfen, damit sich alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern entwickeln können. •

Keine Steuererhöhung für die Gastronomie: Restaurantbesuche müssen bezahlbar bleiben.

In dieser Woche wurde über unseren Antrag zur Mehrwertsteuer in der Gastronomie in namentlicher Abstimmung befunden. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mussten also für alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und einsehbar Farbe bekennen, wie sie zur Bezahlbarkeit künftiger Restaurant-Besuche stehen. In unserem Gesetzentwurf haben wir eine Verstetigung der Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes in Höhe von 7 Prozent in der Gastronomie gefordert.

Standpunkt: Mit der 7%-Besteuerung bei Speiseabgaben und Verpflegungsdienstleistungen im Restaurant sollte der Beitrag zur Bekämpfung der Corona-Folgen und zur Stärkung der Binnennachfrage fortgesetzt werden. Leider hat die Ampel sich dem Druck der Grünen zum wiederholten Male gebeugt und unseren Antrag mit ihrer Mehrheit ablehnt. Die Ungewissheit und der Ampel-Streit gehen in dieser Frage weiter. Indes benötigt die Gastronomie möglichst frühzeitig Planungssicherheit für die Situation ab 2024, nicht zuletzt aufgrund von Familien- und Betriebsfeiern, die oft viele Monate im Voraus gebucht und entsprechend kalkuliert werden müssen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Gastronomie muss angesichts steigender Belastungen vor allem durch hohe Energie- und Einkaufspreise auch über die Steuerpolitik hinaus weiter grundsätzlich gestärkt werden. Auch an dieser Front steht die Ampel-Regierung blank da. •



Die 1. gute Nachricht der Woche:
Inflation auf dem Rückzug!

Diese Nachricht freut Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland! Die Inflation ist stark auf dem Rückzug, die Erzeugerpreise fielen im vergangenen Monat um knapp 13%. Dies ist der höchste seit 1949 gemessene Absturz. Nach dem enormen Preisanstieg nach Ausbruch des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 entwickelten sich die Preise seit Jahresanfang zunächst langsam, nun stark rückläufig: Für Energie wurden 32 Prozent weniger, Strom sogar 42 Prozent weniger Kosten fällig. Auch im Lebensmittelbereich zeichnet sich ein Rückgang ab. Experten erwarten, dass die sinkenden Erzeugerpreise nun auch die allgemeine Inflationsrate nach unten drücken werden und die Teuerungswelle hoffentlich bald ein Ende haben wird. •

Die 2. gute Nachricht der Woche:
Rekordtief bei Schadstoff-Unfällen in deutschen Gewässern

Laut Statistischem Bundesamt haben sich im vergangenen Jahr so wenig Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen ereignet wie seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1997. Gegenstand der Ermittlungen sind das unkontrollierte Gelingen von Schadstoffen wie z.B. Jauchen, Quecksilber oder Benzin in deutschen Seen und Flüssen. Für das Jahr 2022 wird das Austreten von 7,1 Mio. Litern festgestellt, von denen allerdings 5,1 zurückgewonnen werden konnten. Die Schattenseite: Etwa 2 Mio. Liter verbleiben in der Umwelt, der größte Anteil entfiel auf die Gefährdungsklasse „allgemein wassergefährdend“, während die gefährlichste und mit der größten Schadwirkung behaftete Klasse der „stark wassergefährdenden“ Stoffe nur 0,4 Prozent der in der Umwelt verbliebenen Menge ausmachten. •